

## EU-EUROPA

# Neues Konzept oder Untergang

Die jüngsten Umfragen für die Wahlen zum EU-Parlament deuten klar auf eine Kräfteverschiebung zugunsten EU-kritischer Parteien hin. Das ist kein Wunder. Denn aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips erscheinen die Gipfeltreffen mittlerweile als üble Schacherbude. Es braucht neue Konzepte



VON WERNER  
WEIDENFELD

Europa ist in Not. Kriegsbilder bestimmen den Alltag. Es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft, die weitere Ausdehnung des russischen Krieges über die Ukraine hinaus nach Westen durchzukalkulieren. Terrorattacken aus dem Palästina-Krieg könnten dem folgen. Wie lautet Europas Antwort? Es herrscht Sprachlosigkeit. Das heutige Europa verfügt nicht mehr über kraftvolle Führungsfiguren wie einst Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Helmut Kohl und François Mitterrand.

Europa ist gefährdet von außen und von innen. Europa droht mehr als nur die große Krise, es droht der Untergang. Halten wir uns vor Augen: Die Einigung Europas war die große historische Antwort auf die Weltkriege des 20. Jahrhunderts und ihre vielen Millionen Toten. Die Einigung Europas sollte Frieden und Freiheit schützen. Und das gelang über viele Jahrzehnte auch.

Jetzt aber ist Europa wieder bedroht: einerseits durch Kriege (derzeit Ukraine, Nahost), andererseits durch nationalistische Auszehrungen von innen. Die Antieuropäer melden sich immer lautstärker zu Wort. Die AfD beispielsweise will Wähler gewinnen mit der Botschaft, die europäischen Institutionen müssten komplett umgestaltet werden.

In einem großen Gegensatz dazu wirkt die Europäische Union (EU) – zumindest die von ihr erwarteten Zahlungsströme – attraktiv auf viele Länder, die bisher nicht dazugehören. Sie wollen nun unbedingt bald beitreten: Ukraine, Moldau, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nord-Mazedonien, Montenegro, Serbien, Kosovo und – schon lange in der Warteschlange – die Türkei.

Reformen in der EU – wenn vielleicht auch nicht die, welche sich die AfD vorstellt – braucht es auf jeden Fall. Allein schon wenn die Zahl der EU-Mitgliedstaaten weiterhin wachsen soll. Die EU bleibt in diesem Fall nur handlungsfähig, wenn das bisher weitgehend vorherrschende Einstimmigkeitsverfahren korrigiert wird. Schon jetzt führt das immer wieder zu Blockaden.

Das anschaulichste Beispiel für das Einstimmigkeitschaos bietet der Kampf um die Regulierung der Lieferkette: Die geplante EU-Richtlinie sollte die großen Unternehmen dazu verpflichten, entlang ihrer Lieferkette die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutzregeln sicherzustellen und zu dokumentieren. Wer das nicht tue, dem drohten hohe Bußgelder. Diese Richtlinie erhielt im EU-Abstimmungs-

## In sechs Mitgliedstaaten der EU regieren derzeit europadistanzierte, rechtsnationale Parteien mit

verfahren nicht die notwendige Mehrheit, weil die FDP als Teil der deutschen Regierung das Vorhaben für bürokratischen Unfug hält und eine deutsche Stimmabgabe verhinderte. Es kann also eine kleine Partei, die in einem Mitgliedsland Teil der Regierung ist, die große EU ausbremsen. In diesem Fall mag das gut gewesen sein, aber es illustriert die Problematik.

Aktivitäten zur Reform der EU-Institutionen liefen bislang allerdings ins Leere. Nicht von Erfolg gekrönt war auch die „Konferenz zur Zukunft Europas“. Diese Konferenz sollte Millionen Europäern die Gelegenheit geben, Reformvorschläge einzubringen. Es war

eine wirklich große Initiative – aber markante Reformschritte ergaben sich daraus bisher nicht.

Kein Wunder, dass Parteien, die in Fundamentalopposition zur EU stehen und am liebsten die politischen Institutionen schleifen und wieder zu einer Freihandelsgemeinschaft zurückkehren würden, sich europaweit im Aufwind befinden. Der französische Präsident Emmanuel Macron liefert dazu immer wieder das spezifische Bild: Europa brauche Weckrufe. Denkt man an die Vorstellungen, wie Mitterrand und Kohl sie entwickelten, ist das wohl in der Tat nötig.

## Europakritiker immer stärker

In sechs von 27 Mitgliedstaaten der EU regieren derzeit europadistanzierte, rechtsnationale Parteien mit. In vielen Ländern Europas sind rechte Parteien auf dem Vormarsch, so auch in Deutschland. Folgt man den aktuellen Umfragen, werden in vielen Mitgliedstaaten Parteien, die der EU kritisch gegenüberstehen, als Sieger aus der Europawahl Anfang Juni hervorgehen. In Deutschland erlebt die AfD gerade eine beachtliche Konjunktur. In Frankreich wird Präsident Macrons Partei durch den von Marine Le Pen geprägten Rassemblement National bedrängt. Auch in Tschechien ist die Rechte sehr stark.

Die Wähler sind nicht zuletzt vom Drama wechselseitiger Druckausübung innerhalb der EU abgestoßen. Sie nehmen das als reine Interessenpolitik wahr, bei der die Zustimmung zu Entscheidungen, welche Einstimmigkeit erfordern, schlicht verkauft wird. Als Beispiel ist schon oft der ungarische Regierungschef Viktor Orbán aufgefallen. Er weigerte sich, den Hilfen der EU an die Ukraine zuzustimmen. Damit war keine Einstimmigkeit gegeben. Daraufhin bereiteten die 26 EU-Mitglieder die Sperrung der EU-Zahlungen an Ungarn



Viktor Orbán, Ministerpräsident Ungarns, und Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin Italiens, beim NATO-Ukraine-Treffen im Juli in Vilnius

vor. Es gab also Druck gegen Druck, man könnte auch sagen, Erpressung gegen Erpressung. Danach lenkte Orbán ein, denn auf die Milliarden aus dem EU-Haushalt wollte er nicht verzichten.

Immer wieder kommt es bei EU-Gipfeln zu dieser Erpressungsprozedur. Der ungarische Premier Viktor Orbán ließ sich nicht nur die Hilfe für die Ukraine abkaufen, sondern Ende Februar auch die NATO-Mitgliedschaft Schwedens. Es wird interessant sein zu sehen, wie Ungarn ab 1. Juli seine turnusmäßige sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft ausfüllen wird.

Dass Ungarn die Präsidentschaft am 1. Januar 2025 an Polen übergibt, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, denn der lähmende Konflikt zwischen Präsident Andrzej Duda und Regierungschef Donald Tusk dürfte sich auch auf Brüssel auswirken. Die Aussicht auf das Doppelpakt Ungarn/Polen lässt alle idealistischen Europäer ein verlorenes EU-Jahr befürchten. Wenn dann auch noch Donald Trump im Januar in den USA seine zweite Präsidentschaft antreten sollte, verlöre Europa vielleicht sogar seinen Schlüsselpartner. Ein Desaster für die Außenpolitik der EU könnte sich unter bestimmten Umständen nicht aufhalten lassen. Europa ist zu schwach, um die großen Herausforderungen (China, Russland, Nahost, Indien, Afrika) allein zu stemmen.

## Die Wähler sind auch vom Drama wechselseitiger Druckausübung innerhalb der EU abgestoßen

Europa muss also zügig eine strategische Perspektive entwickeln, um sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf – sprich aus dem selbst verschuldeten politisch-kulturellen Niedergang – zu ziehen. Es darf nicht einfach in situatives Krisenmanagement abdriften, sondern muss strategisch vorgehen.#

### Führung klären

Immer wieder wird die Frage nach den Gestaltungsprinzipien der Europäischen Union zu klären sein, und dabei stellt sich insbesondere die Frage nach der Führungsstruktur. Hier liegt auch der Schlüssel, um die Ära der Konfusion zu beenden. Es geht also nicht um die Traumtänzerie in eine neue historische Epoche. Es geht um die zukunftsfähige Gestaltung von Interdependenz. Es geht um das neue Europa. Und dazu bedarf es strategischer Köpfe.

Die Lage ist also höchst kompliziert. Sie entzieht sich den bisherigen Beschreibungsversuchen und unserem traditionellen Vokabular. Zu dramatisch, zu tiefgreifend, zu undurchsich-

tig wird Europa von diesem Wandel erfasst. Es wäre eine Verharmlosung, nur mit dem Routine-Pathos zu antworten. Es bedarf also jetzt der großen Verständigung auf neue Begründungskonstellationen, die Europa in der neuen Epoche bestehen lassen. Das kann nur gelingen, wenn Europa eine neue strategische Kultur entwickelt.

Was ist dazu zu tun? Die Sicherheit muss neu und effektiv organisiert werden: Von einer europäischen Armee bis hin zur europäischen Cybersicherheit und der transnationalen Organisation der inneren Sicherheit müssen die Themen ergebnisoffen diskutiert werden. Auch die Wirtschafts- und Währungsunion verlangt nach stärkerer Handlungsfähigkeit; steuer- und sozialpolitische Kompetenzen gehören dazu.

All das kann nur in einer „differenzierten Integration“ realisiert werden. Nicht bei jedem neuen strategischen Aufbruch ist auf ein „Europa der 26“ zu warten, sondern es ist auf die kooperationsfähigen Kreise abzuheben. Am besten steuerte ein strategischer Zukunftsrat das Vorhaben.

Europa muss sich aktuell also als Strategiegemeinschaft begreifen, die einen gemeinsamen normativen Horizont realisiert. Wer die große Zeitenwende Europas erfolgreich beantworten will, der benötigt ein neues, perfektes strategisches Denken und Handeln. ■